

AußenwirtschaftsNews – China

10/2025

Mit unserer monatlichen Veröffentlichung *AußenwirtschaftsNews* informieren wir Sie in kompakter Form über wichtige wirtschaftliche und politische Entwicklungen auf Auslandsmärkten. Die *AußenwirtschaftsNews* gibt es derzeit für unsere Fokus-Regionen USA, Mittel- und Osteuropa sowie China.

1 Konjunktur und Wirtschaft

- In den ersten drei Quartalen 2025 wuchs das chinesische Bruttoinlandsprodukt (BIP) offiziellen Angaben zufolge um 5,2 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Damit lag das Wachstum leicht über dem Niveau, das die chinesische Regierung zu Jahresbeginn als Ziel ausgegeben hat. Auch im internationalen Vergleich wächst die chinesische Wirtschaft weiterhin mit einem hohen Tempo. Im Laufe des Jahres zeigt sich jedoch ein Abwärtstrend. Während das BIP im ersten Quartal 2025 noch um 5,4 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum wuchs und im zweiten Quartal um 5,2 Prozent, schrumpfte das Plus im dritten Quartal 2025 auf 4,8 Prozent und damit unter die Fünf-Prozent-Marke.
- Im gesamten Jahr 2025 soll die chinesische Wirtschaft dem Internationalen Währungsfonds zufolge um 4,8 Prozent wachsen. Dieser Prognose zufolge wird sich das Wachstum im vierten Quartal weiter abschwächen.
- Im dritten Quartal 2025 fiel insbesondere das Wachstum des Produzierenden Gewerbes (+4,2 Prozent) niedriger aus als im Durchschnitt der ersten neun Monate des laufenden Jahres (+4,9 Prozent). Ausschlaggebend für diese Entwicklung war ein merklicher Rückgang der Wirtschaftsleistung im Baugewerbe (-2,3 Prozent). Die Industrie wuchs zwar weiter (+5,8 Prozent), das Wachstumstempo fiel jedoch geringer aus als im bisherigen Jahresverlauf (+6,1 Prozent).
- Der Dienstleistungssektor wuchs im dritten Quartal 2025 offiziellen Angaben zufolge um 5,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr und damit genauso schnell wie im bisherigen Jahresverlauf. Besonders positiv entwickelte sich der IT-Sektor (+11,7 Prozent). Im Gastgewerbe ging das Wachstum der Wirtschaftsleistung hingegen gegenüber dem Jahresdurchschnitt (+4,6 Prozent) auf nur noch 3,6 Prozent zurück. Das Wohnungsgewerbe verzeichnete gegenüber dem Vorjahresquartal sogar ein leichtes Minus um 0,2 Prozent.
- Die neuesten, durch die Regierung veröffentlichten Daten zeichnen kein klares Bild des Zustands der chinesischen Wirtschaft. Zwar wächst die Wirtschaft als Ganzes kontinuierlich weiter. Wichtige Pfeiler der chinesischen Wirtschaft kämpfen zugleich mit Herausforderungen. In der schwächeren Performance der Industrie zeigen sich die Folgen des Handelskrieges mit den USA und der Überkapazitäten vor Ort. An der rückläufigen

Wirtschaftsleistung im Baugewerbe wird deutlich, dass die bereits seit Jahren schwellende Immobilienkrise unverändert fortbesteht. Zuletzt häuften sich sogar Hinweise darauf, dass sich die Krise weiter verschärft.

- Die anhaltende Immobilienkrise ist ein wichtiger Grund dafür, dass auch der Binnenkonsum in China weiter schwächelt. Zwar wuchs der Einzelhandel im laufenden Jahr (+5,6 Prozent) etwas schneller als die Gesamtwirtschaft. Das Gastgewerbe blieb hinter der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hingegen zurück (+4,6 Prozent) – im dritten Quartal mit abnehmender Tendenz (+3,6 Prozent).
- Für die kommenden Monate ist nicht mit einer dynamischen Erholung zu rechnen. Der Einkaufsmanagerindex für die chinesische Industrie stieg zuletzt zwar zwei Monate in Folge an. Mit 49,8 Punkten lag er im September aber weiter unterhalb der Wachstumsschwelle von 50 Punkten.
- Die schwache wirtschaftliche Entwicklung wirkt sich auch auf die Preise aus. So lag der Verbraucherpreisindex im September um 0,3 Prozent unter dem Niveau des Vorjahresmonats. Die Produzentenpreise lagen mit -2,3 Prozent sogar noch tiefer im Minus. China befindet sich demnach weiterhin an der Schwelle zur Deflation.

Tabelle 1: Konjunkturindikatoren China

	3. Quartal 2025 gg. 2. Quartal 2024	Januar bis September 2025 gg. Januar bis September 2024
Bruttoinlandsprodukt	+4,8 %	+5,2 %
<i>darunter</i> Land- und Forstwirtschaft	+4,1 %	+4,0 %
<i>darunter</i> Produzierendes Gewerbe	+4,2 %	+4,9 %
<i>darunter</i> Dienstleistungssektor	+5,4 %	+5,4 %
Industrie	+5,8 %	+6,1 %
Baugewerbe	-2,3 %	-0,5 %
Handel	+4,9 %	+5,6 %
Gastgewerbe	+3,6 %	+4,6 %
Finanzdienstleistungen	+5,2 %	+4,9 %
Wohnungswirtschaft	-0,2 %	+0,6 %
Information und Kommunikation	+11,7 %	+11,2 %
Verkehr und Lagerei	+4,8 %	+5,8 %

Quelle: National Bureau of Statistics China.

2 Außen- und Sicherheitspolitik

China hat seine Ausfuhrkontrollen für Seltene Erden am 09. Oktober 2025 weitreichend ausgeweitet. Betroffen sind unter anderem weitere Seltene Erden, Technologien im Zusammenhang mit dem Abbau, der Verarbeitung und dem Recycling Seltener Erden sowie die Weiterlieferung der kontrollierten Elemente und Güter, die diese enthalten oder mit chinesischer Technologie hergestellt wurden. Im [vbw Informationsartikel](#) werden die neuen Beschränkungen ausführlich erläutert. Nach Bekanntmachung der neuen chinesischen Ausfuhrkontrollen drohte US-Präsident Trump, Zusatzzölle von 100 Prozent auf chinesische Importe in die USA zu erheben. Würde Trump seine Drohung wahr machen, wäre somit ein Gesamtzollsatz von 130 Prozent bei der Einfuhr chinesischer Waren in die USA fällig.

3 Handels- und Zollpolitik

- Die chinesische Regierung blockiert seit Mitte Oktober die Ausfuhr von Nexperia-Chips aus China. Es droht eine Halbleiter-Knappheit, die zu Produktionsstopps führen könnte. Betroffen sind die Branchen Automotive, Luft- und Raumfahrt, Verteidigung, Maschinenbau sowie die Medizintechnik. Die Maßnahme ist eine Reaktion darauf, dass die niederländische Regierung den in den Niederlanden angesiedelten Teil des Unternehmens im September unter staatliche Verwaltung stellte. Das ursprünglich niederländische Unternehmen gehört seit 2019 zu dem chinesischen Konzern Wingtech, das wiederum in Teilen dem chinesischen Staat gehört. Die niederländische Regierung hatte Nexperia unter staatliche Kontrolle gestellt, weil sie die Übertragung von Firmenwerten und den Wissensabfluss nach China verhindern wollte. Die Bundesregierung beobachtet die Lage mit Sorge. Sie steht im Austausch mit betroffenen deutschen Unternehmen sowie der niederländischen und anderen europäischen Regierungen (Quelle: [Handelsblatt](#)).
- Die EU-Kommission hat einen [Verordnungsvorschlag zum Schutz des europäischen Stahlsektors vor globalen Überkapazitäten](#) vorgelegt. Der Vorschlag sieht im Wesentlichen folgende Maßnahmen vor:
 1. Begrenzung der zollfreien Einfuhrmenge auf 18,3 Millionen Tonne pro Jahr (was einer Reduzierung von 47 Prozent im Vergleich zum zollfreien Kontingent von 2024 entspricht)
 2. Verdoppelung des Zollsatzes von 25 auf 50 Prozent auf Importe, die außerhalb der zollfreien Einfuhrmenge importiert werden

Um in Kraft zu treten, muss der Verordnungsvorschlag vom Rat der EU und vom EU-Parlament angenommen werden. Laut Kommission sei die Schutzmaßnahme WTO-konform ausgestaltet. Die chinesische Handelskammer in der EU hat den Kommissionsvorschlag indes als protektionistischen Schritt bezeichnet.
- Am Rande der Generalvollversammlung der Vereinten Nationen hat China angekündigt, künftig auf eine Sonderbehandlung im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) zu verzichten. Diese Sonderbehandlung, die als Special and Differential Treatment

bezeichnet wird, ist nur Entwicklungsländern vorbehalten. Sie ermöglicht ihnen, an höheren Zollsätzen festzuhalten oder WTO-Abkommen später umzusetzen. China hat bislang auf seinen selbsterklärten Status als Entwicklungsland bestanden und somit von den günstigen Sonderregeln seit seinem WTO-Beitritt profitiert (Quelle: dpa).

4 Finanzmarktpolitik

Die Shanghai Stock Exchange hat angekündigt, ihren Optionsmarkt für internationale Investoren zu liberalisieren. Künftig sollen qualifizierte institutionelle Anleger aus dem Ausland an chinesischen Börsen mit Optionen vor allem zu Absicherungszwecken handeln dürfen. Entsprechende Anträge dürfen ab sofort eingereicht werden. Damit will die chinesische Regierung die Attraktivität von Vermögenswerten in Renminbi erhöhen und gleichzeitig die Rolle chinesischer Finanzmärkte im globalen Kapitalfluss stärken (Quelle: [Table.Briefings](#)).

5 Verkehrspolitik

Die USA und China erheben seit dem 14. Oktober gegenseitig Hafengebühren auf Frachtschiffe. China teilte mit, dass Sonderabgaben auf Schiffe erhoben werden, die sich in US-Besitz befinden, von den USA betrieben, gebaut oder beflaggt werden. Von den Abgaben ausgenommen sind Schiffe, die in China gebaut wurden. Zudem verhängte das chinesische Handelsministerium ein Geschäftsverbot gegen mit den USA verbundenen Tochtergesellschaften des südkoreanischen Schiffbauunternehmens Hanwha Ocean: Organisationen und Einzelpersonen in China ist es verboten, mit diesen Unternehmen Geschäfte zu tätigen. Die USA erheben wiederum Hafengebühren auf Frachtschiffe in chinesischem Besitz, in China gebaute oder beflaggte Schiffe und verhängten zudem Sanktionen gegen das chinesische Öl-Terminal Rizhao. Mit den gegenseitigen Gebühren weitet sich der Handelsstreit zwischen den USA und China auf die Seeschifffahrt aus (Quelle: dpa).



Ansprechpartner

Tatjana Vargas

Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-442

tatjana.vargas@vbw-bayern.de

www.vbw-bayern.de

Elias Kerperin

Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-422

Elias.kerperin@vbw-bayern.de

www.vbw-bayern.de

Hinweis:

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.